

GdP zur Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für Rheinland-Pfalz

Verlässlichere und evidenzbasierte Einschätzung der Kriminalitätslage ist nötig

Sven Hummel, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Um eine verlässliche und evidenzbasierte Einschätzung der Kriminalitätslage und Kriminalitätsentwicklung in Rheinland-Pfalz darzustellen, fordert die GdP Rheinland-Pfalz einen Periodischen Sicherheitsbericht (PSB) für Rheinland-Pfalz.“

Bei der heutigen Pressekonferenz stellte Minister Michael Ebling die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2023 vor. Die PKS ist bundesweit gültig und unterliegt einheitlichen Erfassungskriterien. Bei diesen Erfassungskriterien werden Straftaten, bei denen Täter im Ausland handelten, bei unbekanntem Tatort, oder wenn der Tatort in der digitalen Welt liegt, nicht ausreichend betrachtet. Es kann daher sein, dass bei Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung in Rheinland-Pfalz tausende Strafanzeigen unberücksichtigt bleiben.

Ohne diese Betrachtung bleiben das kriminalistische Dunkelfeld, also die Straftaten, die den Strafverfolgungsbehörden nicht bekannt werden, unberücksichtigt. Ohne Zusatzinformationen aus Dunkelfeldforschungen bleibt es ungewiss, ob die statistischen Nachweise die Entwicklung der „Kriminalitätswirklichkeit“ widerspiegeln, oder ob sie lediglich das Ergebnis einer Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld sind. Zur Aufhellung des Dunkelfeldes trägt z.B. die aktuell anlaufende bundesweite Opferbefragung „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024 (SKiD 2024)“ bei.

Straftaten „häuslicher Gewalt“

Straftaten im Kontext „häuslicher Gewalt“ beschäftigen zunehmend die Kolleginnen und Kollegen im Streifen- und Ermittlungsdienst. Dabei dürften die meisten dieser Straftaten im Dunkelfeld liegen. Wissenschaft und Polizei müssen deshalb Dunkelfeldstudien durchführen, um wirksame Strategien entwickeln zu können. Dazu gehört aber auch, dass für Schutzsuchende, insbesondere Frauen und Kinder, entsprechende Hilfsangebote ausgebaut und ausreichend Schutzwohnungen angeboten werden.

Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung

Seit dem Wegfall der innereuropäischen Grenzen wird Kriminalität zunehmend internationaler. Menschenhandel, Rauschgiftkriminalität, aber auch Cybercrime und andere Kriminalitätsformen sind grenzüberschreitend angelegt.

Insbesondere die Fälle von Geldautomatensprengungen sind eine Herausforderung, welcher auch politisch begegnet werden muss. Neben entsprechenden Vorgaben für die Geldinstitute muss die Politik auch in Rheinland-Pfalz dafür Sorge tragen, dass länderübergreifende Schnittstellen für die Strafverfolgungsbehörden minimiert und Kooperationen intensiviert werden. Damit kann die Polizei effektiver mit den ausländischen Sicherheitspartnern zusammenarbeiten und Täterstrukturen nachhaltig zerschlagen.



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 10.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik.

Bei Rückfragen stehen Ihnen unsere Landesvorsitzende Stefanie Loth sowie der stellv. Landesvorsitzende Sven Hummel gerne zur Verfügung:

E-Mail: steffi.loth@gdp-rlp.de Mobil: 0170/6822042

sven.hummel@gdp-rlp.de Mobil: 0176/96235709